Inhalt:
Übung der Bundeswehr
Verordnung des Landratsamtes Landsberg am Lech über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Landsberg am Lech und der Gemeinde Unterdießen

Bekanntmachung des Landratsamtes Landsberg am Lech

Übung der Bundeswehr vom 03.11.2008 bis 07.11.2008


Az. 642-42.1

Verordnung des Landratsamtes Landsberg am Lech über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Landsberg am Lech und der Gemeinde Unterdießen, jeweils Landkreis Landsberg am Lech, Regierungsbezirk Oberbayern und des Marktes Waal, Landkreis Ostallgäu, Regierungsbezirk Schwaben, für die Weststadtbrunnen 1 und 2 sowie die Hartmahldbrunnen 1 und 2 der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Landsberg am Lech, Landkreis Landsberg am Lech vom 23.10.2008


Verordnung:

§ 1 Allgemeines

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung für die Stadt Landsberg am Lech wird im Stadtgebiet Landsberg am Lech und der Gemeinde Unterdießen, jeweils Landkreis Landsberg am Lech sowie im Markt Waal, Landkreis Ostallgäu das in § 2 näher umschriebene Wasser-

schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 bis 7 erlassen.

§ 2 Schutzgebiet

(1) Das Schutzgebiet besteht aus

2 Fassungsbereichen Zone W I,
2 engeren Schutzzonen Zone W II,
2 weiteren Schutzzonen A Zone W III A,
1 weiteren Schutzzone B Zone W III B.


(3) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.

(4) Die Fassungsbereiche sind durch eine Umzäunung, die engeren Schutzzonen und die weiteren Schutzzonen sind, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.
§ 3 Verbote oder nur beschränkt zulässige Handlungen

(1) Es sind

<table>
<thead>
<tr>
<th>entspricht Zone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
<th>in der engeren Schutzzone</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>III B</td>
<td>III A</td>
<td>II</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1. bei Eingriffen in den Untergrund (ausgenommen in Verbindung mit den nach Nr. 2 bis 5 zugelassenen Maßnahmen)

1.1 Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche, auch wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, vorzunehmen oder zu erweitern; insbesondere Fischteiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Übertagebergbau und Torfstiche

verboten, wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung hierdurch wesentlich gemindert wird

verboten, ausgenommen Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung

1.2 Wederverfüllung von Erdaufschlüssen, Baugruben und Leitungsgräben sowie Geländeauffüllungen

nur zulässig

- mit dem ursprünglichen Erdaushub im Zuge von Baumaßnahmen und
- sofern die Bodenaufklage wieder hergestellt wird

verboten

1.3 Leitungen verlegen oder erneuern (ohne Nrn. 2.1, 3.7 und 6.12)

---

verboten

1.4 Durchführung von Bohrungen

nur zulässig für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe

1.5 Untertage-Bergbau, Tunnelbauten

verboten

2. Bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (siehe Anlage 2, Ziffer 1)

2.1 Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen nach § 19 a WHG zu errichten oder zu erweitern

verboten

2.2 Anlagen nach § 19 g WHG zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern

verboten, ausgenommen entsprechend Anlage 2, Ziff. 2

verboten

2.3 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 19 g Abs. 5 WHG außerhalb von Anlagen nach Nr. 2.2 (siehe Anlage 2, Ziff. 3)

nur zulässig für die kurzfristige (wenige Tage) Lagerung von Stoffen bis Wassergefährdungs- klasse 2 in dafür geeigneten, dichten Transportbehältern bis zu je 50 Liter

verboten
<table>
<thead>
<tr>
<th>entspricht Zone</th>
<th>in der weiteren Schutzone</th>
<th>in der weiteren Schutzone</th>
<th>in der engeren Schutzone</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2.4 Abfall i.S.d. Abfallgesetze und bergbauliche Rückstände abzulagern (die Behandlung und Lagerung von Abfällen fällt unter Nr. 2.2 und Nr. 2.3)</td>
<td>III B</td>
<td>III A</td>
<td>II</td>
</tr>
<tr>
<td>2.5 Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung</td>
<td>--</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3. bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen</td>
<td>nur zulässig</td>
<td>nur zulässig</td>
<td>nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind</td>
</tr>
<tr>
<td>3.1 Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>nur zulässig - für Kläranlagen in monolithischer Bauweise - für Teichanlagen und Pflanzenbeete mit künstlicher Sohleabdeckung, wenn die Dichtheit und Standsicherheit durch geeignete Konzeption, Bauausführung und Abnahme sichergestellt ist</td>
<td>nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.2 Regen- oder Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>--</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.3 Trockenaborte</td>
<td>--</td>
<td>nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.4 Ausbringen von Abwasser</td>
<td>verboten, ausgenommen gereinigtes Abwasser aus dem Ablauf von Kleinkläranlagen zusammen mit Gülle oder Jauche zur landwirtschaftlichen Verwertung</td>
<td>nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.5 Anlagen zur - Versickerung von Abwasser oder - Einleitung oder Versickerung von Kühlwasser oder Wasser aus Wärmepumpen ins Grundwasser zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>nur zulässig zur flächenhaften Versickerung von häuslichem oder kommunalem Abwasser aus Kläranlagen ≤ 1000 EW nach weitergehender Reinigung entsprechend Anlage 2, Ziff. 4, wenn eine Ableitung zu aufnahmefähigen Fließgewässern nicht möglich ist</td>
<td>nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>entspricht Zone</td>
<td>in der weiteren Schutzone</td>
<td>in der weiteren Schutzone</td>
<td>in der engeren Schutzone</td>
</tr>
<tr>
<td>----------------</td>
<td>---------------------------</td>
<td>---------------------------</td>
<td>--------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>3.6 Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern (auf die Erlaubnispflichtigkeit nach § 2 Abs. 1 WHG i.V. mit § 1 Niederschlagswasserfreistellungsverordnung – NWFreiV - wird hingewiesen)</td>
<td>--</td>
<td>nur zulässig - bei ausreichender Reinigung durch flächenhafte Versickerung über den bewachsenen Oberboden oder gleichwertige Filteranlagen - verboten für Niederschlagswasser von Gebäuden auf gewerblich genutzten Grundstücken</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.7 Abwasserleitungen und zugehörige Anlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>nur zulässig zum Ableiten von Abwasser (kein Durchleiten von außerhalb des Wasserschutzgebietes gesammelten Abwassers), wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch Sichtprobe und alle 10 Jahre durch Druckprobe überprüft wird</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4. Bei Verkehrswegen, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, Hausgärten, sonstigen Handlungen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.1 Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>- nur zulässig für klassifizierte Straßen, wenn die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinungsgebieten (RIStWag)“ in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden und - wie in Zone II</td>
<td>nur zulässig - für öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt-öffentliche Wege, Eigentümerwege und Privatwege und - bei breitflächigem Versickern des abfließenden Wassers - wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung erhalten bleibt</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.2 Eisenbahnanlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>zulässig, ausgenommen Rangierbahnhöfe</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>entspricht Zone</td>
<td>in der weiteren Schutzzone</td>
<td>in der weiteren Schutzzone B</td>
<td>in der engeren Schutzzone</td>
</tr>
<tr>
<td>----------------</td>
<td>-----------------------------</td>
<td>-----------------------------</td>
<td>---------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>4.3 Wassergefährdende auswaschbare oder auslaugbare Materialien (z.B. Schlacke, Teer, Imprägniermittel u.a.) zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- oder Wasserbau zu verwenden</td>
<td>III B</td>
<td>III A</td>
<td>II</td>
</tr>
<tr>
<td>4.4 Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>--</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.5 Bade- oder Zeltplätze einzurichten oder zu erweitern; Camping aller Art</td>
<td>nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelfräserung unter Beachtung von Nr. 3.7</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.6 Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelfräserung unter Beachtung von Nr. 3.7 verboten für Tontaubenschließanlagen und Motorsportanlagen</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.7 Großveranstaltungen durchzuführen</td>
<td>nur zulässig mit ordnungsgemäßer Abwasserentsorgung und ausreichenden, befestigten Parkplätzen (wie z.B. bei Sportanlagen) verboten für Motorsport</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.8 Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>--</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.9 Flugplätze einschl. Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>--</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.10 Militärische Übungen durchzuführen</td>
<td>nur Durchfahren auf klassifizierten Straßen zulässig</td>
<td>--</td>
<td>--</td>
</tr>
<tr>
<td>4.11 Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>--</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.12 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen, die nicht land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden (z.B. Verkehrswege, Rasenflächen, Friedhöfe, Sportanlagen)</td>
<td>auf das grundsätzliche Verbot nach § 6 Abs. 2 Pflanzenschutzgesetz – PflSchG - wird hingewiesen</td>
<td>--</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>entspricht Zone</td>
<td>in der weiteren Schutzzone</td>
<td>in der weiteren Schutzzone</td>
<td>in der engeren Schutzzone</td>
</tr>
<tr>
<td>----------------</td>
<td>---------------------------</td>
<td>---------------------------</td>
<td>---------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>4.13 Düngen mit Stickstoffdüngern auf Flächen, die nicht unter Nr. 6 fallen</td>
<td>nur zulässig bei standort- und bedarfsgerechter Düngung</td>
<td>nur standort- und bedarfs gerechte Düngung mit Mineraldüngung zulässig</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.14 Beregnung von öffentlichen Grünanlagen, Rasensport- und Golfplätzen</td>
<td>nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung bzw. bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.15 Mitführen von Hunden</td>
<td></td>
<td></td>
<td>Hunde sind an der Leine zu führen. Der Hunde halter bzw.-führer ist verpflichtet den Hundekot umgehend zu beseitigen und ordnungsgemäß zu entsorgen.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

5. bei baulichen Anlagen

<p>| 5.1 Bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern | nur zulässig, - wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt oder in eine dichte Sammelentwässerung eingeleitet wird unter Beachtung von Nr. 3.7 und - wenn die Gründungsohle über dem höchsten Grundwasserstand liegt | nur zulässig, - wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt und - wenn die Gründungsohle mindestens 2 m über dem höchsten Grundwasserstand liegt | verboten |
| 5.2 Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung und Erlass von Satzungen nach § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch – BauG- |  |  | verboten |
| 5.3 Stallungen zu errichten oder zu erweitern | nur zulässig entsprechend Anlage 2 |  | verboten |</p>
<table>
<thead>
<tr>
<th>entspricht Zone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
<th>in der engeren Schutzzone</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>5.4 Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft zu errichten oder zu erweitern (siehe Anm.)</td>
<td>nur zulässig mit Leckageerken-nung oder gleichwertiger Kontrollmöglichkeit der gesamten Anlage (einschließlich Zuleitungen)</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.5 ortsfeste Anlagen zur Gärutterbereitung zu errichten oder zu erweitern (siehe Anm.)</td>
<td>nur zulässig mit Auffangbehälter für Silagesickersaft, Behälter für Anlagen größer 150 m³ entsprechend Nr. 5.4</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6. bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Flächennutzungen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.1 Düngen mit Gülle, Jauche oder Festmist</td>
<td>nur zulässig wie bei Nr. 6.2</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.2 Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Nr. 6.3)</td>
<td>nur zulässig bei Standort- und bedarfsgerechter Düngung gemäß den gesetzlichen Vorschriften der Düngeverordnung, insbesondere nicht zulässig - auf abgeernteten Flächen ohne unmittelbar folgenden Zwischen- oder Hauptfruchtanbau - auf Grünland und dichten Feldfrüchtebeständen vom 01. November bis 15. Februar - auf Ackerland vom 01. Oktober bis 15. Februar - ausgenommen Festmist in Zone III auf begrünten Flächen Gaben über 60 kg/ha sind auf zwei Einzelgaben aufzuteilen oder in stabilisierter Form auszubringen.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.3 Ausbringen oder Lagern von Klär- schlamm, klärschlammhaltigen Düngemitteln, Fäkalien, Gärsubstrat bzw. Kompost aus zentralen Bioabfallanlagen oder Biogasanlagen, die Abfälle nach der Bioabfallverordnung, verwerten</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.4 ganzjährige Bodenbedeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht</td>
<td>erforderlich, soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Zwischenfrucht vor Mais oder Sonnenblumen darf erst ab 01. April eingearbeitet werden.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.5 Lagern von Festmist, Sekundärrohstoffdünger oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen</td>
<td>verboten, ausgenommen Kalkdünger ohne Schwarzkalk</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Es wird auf den Anhang 5 „Besondere Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften (JGS-Anlagen)“ der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung – VAWS) in der jeweils geltenden Fassung hingewiesen, der nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält. Arbeitsblätter mit Musterplänen sind bei der ALB Bayern e.V. erhältlich (Arbeitsblatt Nr. 10.15.04 „Lagerung von Flüssigmist“, Nr. 10.15.07 „Lagerung von Festmist“, Nr. 10.09.01 „Flachsilos und Sickersaftableitung“)
<table>
<thead>
<tr>
<th>entspricht Zone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
<th>in der engeren Schutzzone</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>6.6 Gärferlagerung außerhalb von ortsfesten Anlagen (Nr. 5.5)</td>
<td>nur zulässig in allseitig dichten Foliensilos bei Siliergut ohne Gärsafeierung sowie Ballensilage</td>
<td>nur Ballensilage zulässig</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.7 Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung</td>
<td>nur zulässig auf Grünland ohne flächige Verletzung der Grasnarbe (siehe Anlage 2, Ziffer 6) oder für bestehende Nutzungen, die unmittelbar an vorhandene Stallungen gebunden sind</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.8 Wildfutterplätze und Wildgatter zu errichten</td>
<td>---</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.9 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln</td>
<td>nur zulässig, sofern neben den Vorschriften des Pflanzenschutzrechts auch die Gebrauchsanleitungen beachtet werden. Die Anwendung der Herbizid – Wirkstoffe Bentazon, und Terbuthylazin ist verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.10 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.11 Berechnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen</td>
<td>nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung bzw. bis zu einer Bodenfeuchte von 70% der nutzbaren Feldkapazität</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.12 landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern</td>
<td>nur zulässig für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.13 besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 2, Ziffer 7 neu anzulegen oder zu erweitern</td>
<td>---</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.14 Rodung, Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme (siehe Anlage 2, Ziffer 8)</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
<td>Kahlschlag nur bis 5000 m² bei umgehender Begründung von standortgemäßem Mischwald zulässig (ausgenommen bei Kalamitäten)</td>
</tr>
<tr>
<td>6.15 Nasskonservierung von Rundholz</td>
<td></td>
<td></td>
<td>verboten</td>
</tr>
</tbody>
</table>

(2) Im Fassungsbereich (Schutzzone I) sind sämtliche unter Nr. 1 bis 6 aufgeführte Handlungen verboten. Das Betreten ist nur zulässig für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und Ableitung durch Befugte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist oder der von ihm Beauftragten.

(3) Die Verbote und Beschränkungen der Absätze 1 und 2 gelten hinsichtlich der Nummern 3.6 und 5.1 nicht für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und Ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist oder der von ihm Beauftragten.
(4) Weitergehende Verbote oder Beschränkungen, die sich durch die Verordnung des Landratsamtes Landsberg am Lech über die Festsetzung des Wasserschutzgebietes für die Wasserversorgung der Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Erpfinger Gruppe, in der jeweils gültigen Fassung ergeben, bleiben unberührt.

§ 4 Ausnahmen

(1) Das Landratsamt Landsberg am Lech kann von den Verboten und Beschränkungen des § 3 Ausnahmen zulassen, wenn

1. das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahmen erfordert oder
2. das Verbot oder die Beschränkung im Einzelfall zu einer uneiligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Ausnahme nicht entgegensteht.

(2) Die Ausnahme ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden und bedarf der Schriftform.

(3) Im Falle des Widerrufs kann das Landratsamt Landsberg am Lech vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung des Landratsamtes Landsberg am Lech zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.

(2) Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach den §§ 19 Abs. 3, 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen des Fassungsbereiches und der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszichen kenntlich gemacht werden.

§ 7 Kontrollmaßnahmen


(2) Sie haben ferner die Erteilung von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte des Landratsamtes Landsberg am Lech zu dulden.

(3) Sie haben ferner das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist oder der von ihm Beauftragten, zur Wahrnehmung der Eigenüberwachungspflichten gemäß § 3 der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung – EUV) in der jeweils geltenden Fassung zu gestatten, die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen und technische Ermittlungen und Prüfungen zu ermöglichen.

§ 8 Entschädigung und Ausgleich

(1) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergebende Anordnung eine Enteignung darstellt, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach den §§ 19 Abs. 3, 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

(2) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergebende Anordnung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung beschränken, ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener Ausgleich gemäß § 19 Abs. 4 WHG und Art. 74 Abs. 6 BayWG zu leisten.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

Nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot nach § 3 Abs. 1 und Abs. 2 zuwiderhandelt,
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Landsberg am Lech in Kraft.

Landsberg am Lech, den 23.10.2008
Landratsamt Landsberg am Lech

Eichner
Landrat

Anlage 1 (Lageplan)

Anlage 2

Maßgaben zu § 3 Abs. 1, Nrn. 2, 3, 5 und 6

1. Wassergefährdende Stoffe (zu Nr. 2)

Es ist jeweils die aktuelle Fassung der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Wasserhaushaltsgesetz über die Einstufung wassergefährdender Stoffe entsprechend ihrer Gefährlichkeit in Wassergefährdungsklassen“ (Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe – WvVwS) zu beachten (abrufbar im Internet: www.umweltbundesamt.de/wgs/wgs-index.htm).

Für Stoffe, deren Wassergefährdungsklasse (WGK) nicht sicher bestimmt ist, wird WGK 3 zugrundegelegt.

Im folgenden werden einige in Haushalt, Landwirtschaft und Industrie gebräuchliche Stoffe und deren Einstufung in die jeweilige Wassergefährdungsklasse gemäß WvVwS vom 17.05.1999 beispielhaft aufgeführt. Ebenso sind viele Abfälle wassergefährdende Stoffe.
<table>
<thead>
<tr>
<th>WGK 1</th>
<th>WGK 2</th>
<th>WGK 3</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>schwach wassergefährdende Stoffe</td>
<td>wassergefährdende Stoffe</td>
<td>stark wassergefährdende Stoffe</td>
</tr>
<tr>
<td>„Biodiesel“, schweres Heizöl</td>
<td>Dieselkraftstoff, leichtes Heizöl</td>
<td>Ottokraftstoffe (Benzin, Super)</td>
</tr>
<tr>
<td>reine Schmieröle auf Mineralölbasis</td>
<td>Schmieröle auf Mineralölbasis mit Zusätzen (Motoröl, Hydrauliköl, Getriebeöl)</td>
<td>Alöle</td>
</tr>
<tr>
<td>Ethanol (Alkohol, Brennspiritus)</td>
<td>Dichlormethan (in Abbeizmitteln)</td>
<td>einige Lösungsmittel, z. B.</td>
</tr>
<tr>
<td>Glykol (in Kühlmitteln)</td>
<td>Formaldehyd (als Konservierungsmittel in Lacken und Klebern)</td>
<td>- Tetrachlorethen (chem. Reinigung)</td>
</tr>
<tr>
<td>Essigsäure (Entkalker)</td>
<td>Natriumhypochlorit (Chlorbleichlauge)</td>
<td>- Trichlorethen (zur Metallentfettung)</td>
</tr>
<tr>
<td>Salzsäure</td>
<td>Toluol, Xylol (in sog. Nitroverdünnung)</td>
<td>Quecksilber</td>
</tr>
<tr>
<td>Schwefelsäure (z. B. in Autobatterien)</td>
<td>Einige Pflanzenschutzmittel, z. B.</td>
<td>die meisten Pflanzenschutzmittel, z. B.</td>
</tr>
<tr>
<td>Auftausalz, Viehsalz</td>
<td>- Terbutylazin</td>
<td>- Cypermethrin</td>
</tr>
<tr>
<td>Düngemittel wie</td>
<td>- Benzon</td>
<td>- Lindan</td>
</tr>
<tr>
<td>- Flüssidünger AHL</td>
<td>- Ethephon</td>
<td>- Isoproturon</td>
</tr>
<tr>
<td>- Ammoniumnitrat, -sulfat</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Kaliumnitrat, -sulfat</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Dicyandiamid (DIDIN)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (zu Nr. 2.2)

Im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone sind Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht zulässig.

In den weiteren Schutzzonen (III A und III B) sind nur zulässig:

1. oberirdische Anlagen der Gefährdungsstufen A bis C, die in einem Auffangraum aufgestellt sind, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigegerät ausgerüstet sind; der Auffangraum muss das maximal in den Anlagen vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen können.

2. unterirdische Anlagen der Gefährdungsstufen A und B, die doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigegerät ausgerüstet sind.

Die Zulässigkeit wird pro Anlage ermittelt, z. B. Anlage zum Lagern von Heizöl.

Tabelle: Gefährdungsstufen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Volumen in m³ (für flüssige Stoffe) bzw. Masse in t (für feste und gasförmige Stoffe)</th>
<th>Wassergefährdungsklassen (WGK)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>bis 0,1</td>
<td>Stufe A</td>
</tr>
<tr>
<td>mehr als 0,1 bis 1,0</td>
<td>Stufe A</td>
</tr>
<tr>
<td>mehr als 1 bis 10</td>
<td>Stufe A</td>
</tr>
<tr>
<td>mehr als 10 bis 100</td>
<td>Stufe A</td>
</tr>
<tr>
<td>mehr als 100 bis 1000</td>
<td>Stufe B</td>
</tr>
<tr>
<td>mehr als 1000</td>
<td>Stufe C</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Viele Abfälle sind wassergefährdende Stoffe. Somit fallen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Abfällen (z.B. Kompostieranlagen, Wertstoffhöfe) unter Nr. 2.2. An die Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z.B. Mülltonnen) werden keine besonderen Anforderungen gestellt.

Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Gülle, Jauche, Silagesickersäften und Festmist sind dagegen in den Nrn. 5.3 bis 5.5 und im Anhang 5 VAWs (Anlagenverordnung) geregelt.

Landwirtschaftliche Biogasanlagen unterliegen der Anlagenverordnung und sind durch Anhang 5 VAWs nicht eingeschlossen. Sie sind entsprechendLfW-Merkblatt Nr.3.3/8 (im Internet: www.bayern.de/lfw) zu erstellen und zu betreiben. Vor Inbetriebnahme sind sie durch einen Sachverständigen nach § 22 VAWs überprüfen zu lassen.

Prüfpflicht:

Oberirdische Anlagen
- zum Umgang mit flüssigen und gasförmigen Stoffen der Gefährdungsstufen B, C und D
- zum Umgang mit festen Stoffen der Gefährdungsstufen C und D sind im Wasserschutzgebiet (einschließlich Zone III B) alle 5 Jahre durch Sachverständige nach § 22 VAWs überprüfen zu lassen.
Auf die Prüfpflicht für unterirdische Anlagen nach § 19 i Abs. 2 Nr. 2 WHG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 34.1 VAWs (in Zone III A mindestens alle zwei einhalb Jahre, in Zone III B wie außerhalb von Wasserschutzgebieten mindestens alle 5 Jahre) wird hingewiesen.

Hinweise im Internet zur Prüfpflicht nach § 23 Abs. 1 VAWs, auch außerhalb von Wasserschutzgebieten:
www.bayern.de/lkw/service/psw/sach_wg_04.htm

3. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen (zu Nr. 2.3)

Von der Nrn. 2.3 sind nicht berührt:
- Düngung, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln etc. nach den Maßgaben der Nrn. 4.12, 4.13, 6.1, 6.2, 6.5, 6.6 und 6.9
- Straßensalzung im Rahmen des Winterdienstes,
- das Mitführen und Verwerfen von Betriebsstoffen für Fahrzeuge und Maschinen,
- das Befüllen von Heizölverbraucheranlagen
- Kleinmengen für den privaten Hausgebrauch,
- Kompostierung im eigenen Garten.

4. Anlagen zur Versickerung von häuslichem und kommunalem Abwasser (zu Nr. 3.5)

Das Abwasser ist vor der Versickerung nach strengeren als den Mindestanforderungen gemäß Abwasserordnung (AbwV) in der jeweils geltenden Fassung zu reinigen (Anforderungsstufe 3 des Merkblattes des Bayer. Landesamtes für Wasserwirtschaft Nr. 4.4/7 „Hinweise für die Ermittlung von Anforderungen an die Einleitungen aus kommunalen Abwasseranlagen“) und zur Nachreinigung sowie zur Pufferung von Stoßbelastungen über nachgeschaltete Einrichtungen (z. B. Schönnungsteiche, Pflanzenbeete) zu leiten.

Kleinkläranlagen, die nicht der AbwV unterliegen, sind baulich über die allgemein anerkannten Regeln der Technik hinausgehend auszuführen (Ablaufanforderungen entsprechend Größenklasse 1 der AbwV, Anhang 1).

Ordnungsgemäßer Betrieb, Wartung und Überwachung muss zuverlässig gewährleistet sein.

Vor der Versickerung ist eine Möglichkeit zur Probenahme vorzusehen.

Für die Versickerung sind flächige Verfahren unter Ausnutzung der belebten Bodenzonen zu wählen (z. B. bepflanztes Versickerungsbeet, Brachwiese). Unterhalb der Sickererde muss eine ausreichende Bodenschicht vorhanden sein.

Detaillierte Ausführungsbestimmungen sind im Merkblatt des Bayer. Landesamtes für Wasserwirtschaft Nr. 4.4/20 „Hinweise zur Abwasser- und Niederschlagswasserteinsorgung in Kastgebieten, in Gebieten mit klüftigen Untergrund sowie in Gebi

Bei Gülle- bzw. Jauchekanälen ist jährlich die Dichtheitsprüfung eine Leckageerkennung für die Fugenbereiche entsprechend Anhang 5 Nr. 4.2 der VAWs vorzusehen.

Planbefestigte (geschlossene) Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind gemäß VAWs flüssigkeitsdurchlässig (Beton mit hohem Wassereindringwiderstand) auszuführen und jährlich durch Sichtprüfung auf Undichtigkeiten zu kontrollieren.

Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch-betrieblich abtrennbare Abschnitte zu gliedern, die einzeln auf

Dichtheit prüfbar und jederzeit reparierbar sind.


Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen wird auf den Anhang 5 der VAWs hingewiesen.

Die einschlägigen Regeln der Technik, insbesondere DIN 1045, sind zu beachten.

Der Beginn der Bauarbeiten ist bei der Kreisverwaltungsbehörde und dem Wasserversorgungsunternehmen 14 Tage vorher anzuzeigen.

6. Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferdierhaltung (zu Nr. 6.7)

Eine flächenweise Verletzung der Grasnarbe liegt dann vor, wenn das wie bei herkömmlicher Rinderweide unvermeidbare Maß (linienförmige oder punktuelle Verletzungen im Bereich von Treibwagen, Viehtränken etc.) überschritten wird.

7. Besondere Nutzungen sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzungen (zu Nr. 6.13):
- Weinbau
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau, ausgenommen Feldgemüse
- Zierpflanzenanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten

Das Verbot bezieht sich nur auf die Neuanlage derartiger Nutzungen, nicht auf die Verlegung im Rahmen des ertragsbedingt erforderlichen Flächenwechsels bei gleichbleibender Größe der Anbaufläche.

8. Rodung, Kahlschlag und in der Wirkung gleichkommende Maßnahmen (zu Nr. 6.14)

Kahlschlag ist eine Hiebform, bei der auf einer zusammenhängenden Fläche alle aufstockenden Bäume in einem oder wenigen einander in kurzen Intervallen folgenden Hieben entnommen werden. Dadurch geht der Waldcharakter verloren und es treten Freiflächenbedingungen hervor.

Eine dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme ist eine Lichthauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und dadurch auf der Fläche ebenfalls Freiflächenbedingungen entstehen.

Werden die Flächen oder Streifen so klein, dass die Schutzwirkung des angrenzenden Waldbestandes das Aufkommen eines Freiflächenklimas verhindert, spricht man nicht mehr von einem Kahlschlag.

Als überschlägiges Maß für den Durchmesser oder die Breite solcher Flächen wird die Höhe des angrenzenden Altbestandes angenommen. Ein Kahlschlag liegt auch dann nicht vor, wenn in einem gelichteten Bestand eine ausreichende Vorausverjüngung vorhanden ist und dieser Jungwuchs bei der Hiebmaßnahme erhalten bleibt.

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere benachbarte Waldbesitzer Hiebe durchführen, die in der Summe zu den o.g. Freiflächenbedingungen führen.

Dagegen handelt es sich bei mehreren Hiebmaßnahmen eines Waldbesitzers, die in der Summe die Flächengrenz-
werte der Verordnung überschreiten, jedoch nicht im räumlichen Zusammenhang stehen (bei der Besitzersplitterung), nicht um Kahlschlag.

Als Rodung bezeichnet man die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Art. 9 BayWaldG). Bei der Rodung werden in der Regel auch die Wurzelstöcke entfernt, so dass tiefgreifende für die Wasserwirtschaft nachteilige Störungen der Bodenstruktur entstehen.

Unter Kalamitäten sind Schäden durch Windwurf, Schneebruch oder durch Schädlingsbefall zu verstehen, deren Beseitigung nur durch die Entnahme aller geschädigten Bäume und daher u.U. nur durch den Kahlschlag möglich ist.
Anlage 1
Übersichtslageplan M 1:25.000 zur Verordnung des Landratsamtes Landsberg am Lech vom 23.10.2008 über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Landsberg am Lech und der Gemeinde Unterdießen, jeweils Landkreis Landsberg am Lech, Regierungsbezirk Oberbayern und des Marktes Waal, Landkreis Ostallgäu, Regierungsbezirk Schwaben, für die Weststadtbäder 1 und 2 sowie die Hartmahldämmerungs 1 und 2 der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Landsberg am Lech
Landratsamt Landsberg am Lech, 23.10.2008

Zeichenerklärung

\[ W I \]  Fassungsbereich
\[ W II \]  engere Schutzzone
\[ W IIIA \] weitere Schutzzonen A
\[ W IIIB \] weitere Schutzzonen B

Kartengrundlage: Topographische Karte 1:25.000 Bayer. Landesvermessungsamt München Blatt Nr. 7930, 7931, 8030, 8031
Landsberg am Lech, den 23. Oktober 2008

Landratsamt:  W. Eichner, Landrat